

Erhard Crome

## Krieg um die neue Weltordnung

Eine aktuelle Weltbeschreibung liest sich so: „Drei Jahrzehnte lang hielt die Illusion an. Die Illusion einer Welt, die nach dem Niederreißen des Eisernen Vorhangs gleichsam zu einem Ort des ewigen Friedens geworden war. Zwar wurde dieser Glaube wiederholt auf harte Proben gestellt, sei es im Irak, auf dem Westbalkan, in Afghanistan oder im Nahen Osten. Doch die genannten Konflikte, so die Perspektive im Westen, schienen lokal eng begrenzt. Sie konnten das Geborgenheitsgefühl im heimischen Kokon nie ernsthaft stören.“ So die Meinung des schweizerischen Journalisten Thomas Fuster (*Neue Zürcher Zeitung*, 13.04.22). Das ist zunächst Ausfluss der Fukuyama-Illusion: nach dem Kalten Krieg sei die Welt zu sich selbst gekommen, das „Ende der Geschichte“ sei erreicht und der sogenannte Westen Hüter dieser Beendigung. Darüber hinaus gäbe es Weltordnungskriege, die der Westen führt, um jene Fukuyama-Welt zu gewährleisten; deshalb darf er das, und andere, etwa Russland oder China, nicht. Kriege in Jemen und Äthiopien dagegen sind kaum eine fünfzeilige Meldung in der Zeitung wert, auch wenn dort nicht weniger Menschen sterben, als in der Ukraine – während im Fernsehen zum Thema Ukraine eine Sondersendung die andere jagt.

### Geopolitische Wandlungen

In diesen Zeiten kann ich es mir nicht versagen, meine alten Texte nochmals hervorzuholen. Im letzten Heft der Berliner „iPW-Berichte“ 1991 war ein Text über den Golfkrieg von 1990/91 zu lesen. Dieser Krieg wurde in der Geschichtsschreibung später als „erster Irak-Krieg“ der USA und ihrer Kriegswilligen eingeordnet. Meine Überschrift war in eine Frage gekleidet: „Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen?“ Es war ein Menetekel.<sup>1</sup> US-Präsident George Bush sen. hatte seine „Neue Weltordnung“ nicht nur verkündet, sondern mit diesem Krieg vorgeführt: die USA sind fest entschlossen, sie mittels militärischer Gewalt zu erzwingen. Den *casus belli* hatte die US-amerikanische Botschafterin geschaffen, als sie dem irakischen Staatschef Saddam Hussein erklärte, die USA sähen bei einer Annexion Kuweits ihre Interessen nicht tangiert – was dieser als Einladung zum Krieg verstand. Die US-Botschafterin wurde dann durch ihre Regierung desavouiert, der Irak hatte ein souveränes Land überfallen und der UN-Sicherheitsrat gab grünes Licht für den Krieg gegen den Irak. Die in Agonie befindliche Sowjetunion unter Gorbatschow konnte und wollte das

---

<sup>1</sup> Erhard Crome: Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg, in: iPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12/1991. Es war das letzte Heft, weil die renommierte Zeitschrift, in der seit vielen Jahren Analysen zum aktuellen Kapitalismus und zur westlichen Politik präsentiert wurden, von der Treuhand verkauft wurde und der Erwerber sich nur die Abonnenten-Datei aneignen, nicht aber die Zeitschrift weiterführen wollte.

nicht anhalten. Dies war zugleich der erste und letzte der Weltordnungskriege seit 1990, der formal-völkerrechtlich abgesegnet war. Dass die Kriege des Westens in Irak, Libyen und Afghanistan lediglich zu „Failed States“, nicht aber zu einer stabilen inneren Ordnung geführt haben, steht auf einem anderen Blatt.

Der Jugoslawien-Krieg der NATO 1999 hatte fünf Dimensionen: es war (1) ein weiterer Krieg in der Folge der post-jugoslawischen Sezessionskriege seit Anfang der 1990er Jahre; (2) ein Krieg der NATO gegen Rest-Jugoslawien, um es in die Peripherie des Westens einzufügen; (3) ein Krieg der USA, um EU-Europa weiter ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen; (4) „ein Krieg, dessen Fernwirkung auch auf das weitere Zurechtstutzen Russlands zielte“ und (5) ein Krieg zur Demonstration von „Überlegenheit der NATO bzw. der USA gegenüber China“.<sup>2</sup> Die „Neue deutsche Außenpolitik“, die die damals frisch angetretene SPD-Grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer verkündet hatte, mündete in die Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Krieg des Westens und in die erste deutsche Kriegsbeteiligung seit 1945. Auch jetzt rufen die Grünen wieder besonders laut nach Militärhilfe für die Ukraine.

Es war der Westen, der unmittelbar nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Krieg wieder zu einem „normalen Mittel“ der internationalen Politik gemacht hat. Russland folgt dem nun, mit über zwanzigjährigem Abstand. Das geltende Völkerrecht seit dem Kriegsächtungspakt von 1928 verlangt jedoch, Krieg „als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle“ zu verurteilen und „auf ihn als Werkzeug nationaler Politik“ zu verzichten. Die Sowjetunion war ihm damals sofort beigetreten. Die UNO-Charta fixiert das Friedensgebot als für die Staatenbeziehungen zentral. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine kann nur als offener Bruch des Völkerrechts qualifiziert werden, als Versuch, Krieg „als Werkzeug nationaler Politik“ zu benutzen. Es gibt jedoch kein „Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht“. Die Lügen und Verbrechen der USA entlasten die von Putins Russland in keiner Weise.

Der belgische Geopolitiker David Crikemans spricht von einer „ungelösten russischen Frage“; vielleicht könnten künftige Historiker den ukrainischen Krieg Russlands so betrachten. Jede Epoche habe ihre Eigenheiten, die von Zeitgenossen oft nicht verstanden wird.<sup>3</sup> Das aus den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress 1815 hervorgegangene „Konzert der Mächte“ stellte ein System konservativer Regimes wieder her, in dem sich die europäischen Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland) gegenseitig im Gleichgewicht hielten. Im Krimkrieg (1853-1856) stellte Russland dieses System in Frage, indem es das Osmanische Reich weiter schwächen und die Meerengen vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer kontrollieren wollte. Ein „begrenzter europäischer Krieg“ war wieder möglich. Russland – obwohl

---

<sup>2</sup> Erhard Crome: In tempore belli, in: WeltTrends, Nr. 23, 1999, S. 138.

<sup>3</sup> David Crikemans: In eine andere geopolitische Ära? Entstehen von „Eurasien“ oder „Geopolitische Synthese“? Der Krieg in der Ukraine als geopolitischer Katalysator. In: <http://weltrends.de/res/uploads/Crikemans-Ukraine-und-neue-geopolitische-Aera.pdf>.

dem Osmanischen Reich allein überlegen – unterlag jedoch, weil Großbritannien, Frankreich und das Königreich Piemont (der Vorläufer des sich einigenden Italiens) dieses unterstützten. Das „Konzert“ von 1815 zerbrach dann mit der nationalen Einigung Italiens und Deutschlands.<sup>4</sup>

Die Niederlage im deutsch-französischen Krieg 1870/71 führte zu einem „französischen Revanchismus“ und mündete in den Ersten Weltkrieg (1914-1918). Die Niederlage und die Demütigung Deutschlands mit dem Vertrag von Versailles 1919 hatten „deutschen Revanchismus“ zur Folge, der von den Nazis politisch genutzt wurde und zum Zweiten Weltkrieg (1939-1945) führte. Im 20. Jahrhundert wurde die internationale Ordnung dreimal „neu geordnet“: mit dem Versailler System von Friedensverträgen und der Schaffung des Völkerbundes 1920, mit dem Potsdamer Abkommen und den Vereinten Nationen 1945 sowie nach dem Ende des Kalten Krieges mit der „Charta von Paris“ 1990 und der Schaffung der OSZE.

Criekemans stellt die Frage nach einem „russischen Revanchismus“ nach dem Ausgang des Kalten Krieges und meint: „In den 1990er Jahren verpasste die Welt eine einzigartige dritte Chance [...]. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Entstehen unabhängiger Nachfolgestaaten wie Russland und der Ukraine konnten diese Länder in eine Weltgemeinschaft und eine gestärkte internationale Rechtsordnung auf der Grundlage der Demokratie integriert werden.“<sup>5</sup> Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt. Einen Grund sieht er in den Folgen der US-amerikanischen neoliberalen Schocktherapie Anfang der 1990er Jahre für Russland, den anderen in den unterschiedlichen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Sichtweisen. So wurde diese historische geopolitische Chance bereits Ende der 1990er Jahre verpasst. „West“ und „Ost“ hatten keine gemeinsame Vision der Realität, eine gemeinsame Zukunft rückte in weite Ferne.

Die Gründe für diese westliche Politik liegen wieder im Fukuyama-Syndrom: Der Verlierer des Kalten Krieges sollte endlich klein begeben und sich in seine Rolle als „Regionalmacht“ fügen. Es stehe ihm kein anderer Platz zu, als der des Juniorpartners des Westens. Man hoffte zugleich auf eine kommende Generation der Moskauer Elite, die lieber Junior der US-Amerikaner sein will als der Chinesen.

## Russische Umwege

Ungeachtet dessen, ob man die Oktoberrevolution – in der offiziellen sowjetischen Interpretation vor 1989 der große Wendepunkt der Menschheitsgeschichte – nun zu einem Putsch der Bolschewiki uminterpretiert oder nicht, sie stand für den unbedingten Willen, das Morden des Ersten Weltkrieges zu beenden. Die Revolution von 1905 hatte die zaristische Selbstherrschaft zwar erschüttert, aber nicht gestürzt. Mit brutalen Mitteln waren die Macht gesichert und das Land wieder unter Kontrolle genommen worden. 1914 fühlten sich der Zar und seine Regierung wieder stark genug, sich an dem Großen Krieg der Mächte zu

<sup>4</sup> Vgl. Erhard Crome: Deutschland auf Machtwegen, Hamburg 2019, S. 56ff.

<sup>5</sup> Criekemans, S. 2.

beteiligen. Mit den riesigen Verlusten an der Front nahm die Unzufriedenheit im Lande schließlich systemsprengende Formen an.

Lenin charakterisierte „Imperialismus“ nicht einfach als kapitalistisches Welt-system, das auf kolonialer Ausbeutung großer Teile der Welt durch die Bourgeoisie einiger entwickelter Länder vor allem Europas beruht, sondern als „höchstes Stadium des Kapitalismus“, als „sterbender Kapitalismus“.<sup>6</sup> Verstärkt durch den Ruin, den der Krieg hervorgerufen hatte, diagnostizierte er eine „weltweite revolutionäre Krise“, die nicht anders enden könne „als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg“.<sup>7</sup> Er folgerte, „dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Land möglich ist“.<sup>8</sup> Die russische Revolution von 1917 war als Beginn der proletarischen Weltrevolution proklamiert.

Die Frage, dass Russland dafür nicht reif war, wurde ausgeklammert, obwohl Lenin das in seinen Texten auch eingeräumt hatte. Der Zusammenbruch des Kapitalismus war aus dem Weltzustand, wie er im Weltkrieg zum Ausdruck kam, nicht aus einer Hochentwicklung kapitalistischer Verhältnisse in Russland abgeleitet. Eine rein russische Revolution – historisch eingeordnet: als nachholende der französischen von 1789 – hätte nicht eine solche weltweite Wirkung erreicht, wie sie die Oktoberrevolution hatte. Insofern ist die Frage, ob die von Lenin geführte Revolution die im Sinne der Marxschen Lehre „richtige“ war, völlig verfehlt. Ihre Charakterisierung als Beginn der Weltrevolution war eine wirkungsvolle Verkleidung für die tatsächlich 1917 gemachte. Unter dieser Voraussetzung wurde die Sowjetunion jahrzehntelang in aller Welt als Gegenmacht zu der des Imperialismus unterstützt.

Die Rücknahme der Revolution in ein kapitalistisches Russland nach dem Ende der Sowjetunion, das einige Attribute des westlichen Parlamentarismus und die Wahl des Präsidenten – statt eines Zaren, der sein Amt qua Geburt ausübt – übernommen hat, machen deutlich, dass Russland von 1917 bis 1991 am Ende den längstmöglichen Umweg des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zurückgelegt hat. In Anlehnung an Lenin ist zugleich zu resümieren: Nach dem Ende der Sowjetunion und des Realsozialismus im Osten Europas befinden wir uns wieder in einer Epoche des Imperialismus, in einem weltweiten imperialistischen System. Russland ist ein „normales“ kapitalistisches Land in der nun wieder „normalen“ imperialistischen Welt.

Lenin schrieb 1916, die Kapitalisten könnten nicht anders, als Krieg zu führen, „wenn sie den Kapitalismus erhalten wollen, denn ohne eine gewaltsame Neuverteilung der Kolonien können die neuen imperialistischen Länder nicht die Privile-

---

<sup>6</sup> W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Werke (LW), Bd. 22, Berlin 1971, S. 305, 307.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 196.

<sup>8</sup> Ders.: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: LW, Bd. 21, Berlin 1972, S. 345.

gien erlangen, die die älteren [...] imperialistischen Mächte genießen“.<sup>9</sup> In diesem Sinne führt der „Oligarchen-Kapitalismus“ Russlands heute Krieg gegen den „Oligarchen-Kapitalismus“ der Ukraine, um diesen nicht den alten imperialistischen Mächten des Westens zu überlassen. Zugleich ist es ein Krieg um die Umverteilung der geopolitischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion, unter Aufkündigung der Nomenklatura-Kompromisse von 1991.

## Falsche Spiegelung

Die Quellen des „russischen Revisionismus“ untersuchten Ivan Krastev und Stephen Holmes und bestätigten die völlig gegensätzlichen Sichten im Westen und in Russland auf die Realitäten. Ironisch formulierten sie: Niemand, „der heute das Ende des Kalten Krieges als einen Triumph des höchsten moralischen Strebens der Menschheit beschreibt, wird Russlands aktuellem, eher rachsüchtigem als strategischem Schwenk zu antiwestlicher Kriegslust je einen Sinn abgewinnen“.<sup>10</sup> „Der Regimewechsel“ nach dem Ende der Sowjetunion „erwies sich vor allem deshalb als nicht besonders beliebt, weil er mit einem gewaltigen Verlust an Territorium und Bevölkerung verbunden war“. Die „Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO trotz der scharfen Kritik Russlands entlarvte den westlichen Schwindel, das Ende des Kalten Krieges sei eigentlich ein gemeinsamer Sieg, auch für das russische Volk“.<sup>11</sup> Vor etwa zehn Jahren ging Russland deshalb dazu über, die westliche Außenpolitik selektiv zu spiegeln. „Viele Angehörige der russischen politischen Elite träumten heimlich von Vergeltung, wobei es ihnen völlig egal ist, ob sie damit strategische Gewinne erzielen oder nicht.“<sup>12</sup> Letzteres sollte nicht wörtlich genommen werden. Niemand beginnt einen Krieg in der Absicht, ihn zu verlieren. Doch es lässt offen, worin der strategische Gewinn liegen könnte.

Der ukrainische Krieg Russlands war offenbar gedacht als machtpolitische Demonstration, als „Spiegelung“ der Kriege des Westens. Der Jugoslawien-Krieg der NATO dauerte vom 24. März bis 10. Juni 1999. Allerdings bestand er „nur“ aus terroristischem Bomben der NATO-Luftwaffen, ohne Einsatz eigener Bodentruppen, bis Staatschef Milosevic schließlich faktisch kapitulierte, weil er die Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung – die angeblich nur „Kollateralschäden“ waren – nicht mehr mit ansehen konnte und keine effektiven Gegenmittel hatte. Am Boden hätte die NATO wohl ebenfalls große Verluste erlitten, wie heute Russland in der Ukraine. Der Afghanistan-Krieg der USA und ihrer Willigen im engeren Sinne ging vom 7. Oktober 2001 bis zum Fall Kabuls am 13. November 2001, wobei sich die USA zunächst einheimische Bodentruppen der sogenannten Nordallianz gesichert hatten, was ihre unmittelbaren Verluste in engen Grenzen hielt. Die kamen erst später, weil die Besatzungspolitik

---

<sup>9</sup> Ders.: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: LW, Bd. 23; Berlin 1957, S. 111.

<sup>10</sup> Ivan Krastev / Stephen Holmes: Das Licht, das erlosch, Berlin 2019, S. 127.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 132.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 134.

misslang. Der Irakkrieg der USA und ihrer Willigen begann am 20. März und endete am 1. Mai 2003. Für diese Zeit meldeten die USA 171 gefallene Soldaten und 2.300 der irakischen Seite. Diese Zahlen waren weit untertrieben. Zivile Todesopfer gab es eine Million Menschen, allerdings bis 2011.

Der Krieg in der Ukraine zeigt eine schlechte Spiegelung. Ein „Blitzkrieg“ wurde es nicht. Der Widerstand der ukrainischen Truppen ist größer und nachhaltiger, als ursprünglich in Moskau gedacht. Die Opfer an Menschen und Material sind höher. Die der ukrainischen Zivilbevölkerung lassen sich nur schätzen. 4,5 Millionen Menschen sind bislang geflüchtet. Bis Ostern waren es 50 Tage Krieg. General Erich Vad, früher militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, betonte in einer vom „Stern“ und mehreren Tageszeitungen verbreiteten Stellungnahme, die Opfer seien dem Krieg „systemimmanent“ und fielen im Vergleich zu Irak, Syrien und Libyen nicht aus dem Rahmen. Das macht die Sache nicht besser, aber die Relationen in der Kriegsführung sind zu beachten. Zugleich muss es übergeordnetes Ziel auch westlicher Politik bleiben, eine Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen hin zu einem Atomkrieg zu verhindern. Gleichwohl, je länger der Krieg dauert und je mehr Waffen aus verschiedenen NATO-Ländern an die Ukraine geliefert werden, desto mehr wird dieser in der Tat ein Krieg zwischen Russland und der NATO.

Das geopolitische Bild hat eine Reihe von Unschärfen. Aus der Sicht des heutigen Westens mit seinen tendenziell schwindenden machtpolitischen Ressourcen ist der Konflikt mit Russland einerseits und der mit China andererseits ein „Zwei-Fronten-Krieg“. Und die Deutschen wissen, die gingen stets verloren. In diesem Sinne war der Ukraine-Krieg aus russischer Sicht als Stärkung der eigenen Positionen im Ringen um eine nicht-westliche Weltordnung gedacht, die eher dem einstigen „Konzert der Mächte“ gleicht, nur dass dessen Hauptakteure jetzt die USA, China, Indien, die EU und Russland sind.

Je länger der Krieg dauert und je verlustreicher er für Russland wird, desto weniger kann mit einer realen Stärkung russischer Positionen in Europa gerechnet werden. Der Westen hat frühere Begrenzungen in Bezug auf Stationierung von Truppen und Waffensystemen im Osten Europas, in den Staaten der „Osterweiterung“ der NATO aufgekündigt. Deutschland und andere NATO-Länder wollen ihre militärischen Kapazitäten materiell und finanziell deutlich aufstocken. Finnland und Schweden sind dabei, der NATO beizutreten. Dann sehen die Positionen Russlands auf der Landkarte ähnlich schlecht aus, wie wenn es den NATO-Beitritt der Ukraine akzeptiert hätte. Anders gesagt: auch wenn es zu einer Verhandlungslösung mit der Ukraine kommt, ist nicht nur das gegenseitige Verhältnis dauerhaft belastet, sondern die geopolitische Lage Russlands eher ungünstiger als vor dem Krieg bzw. als ohne Krieg.

Hinzuzufügen ist: Für die Resolution der UNO-Vollversammlung zur Verurteilung der russischen Invasion am 2. März 2022 stimmten 141 Staaten mit Ja, nur 5, darunter Russland, mit Nein. Geflissentlich übersehen wird dabei, dass es 35 Enthaltungen gab, darunter China, Indien, Bangladesch und Pakistan, die zusammen etwa die Hälfte der Menschheit ausmachen. Michael von der Schulen-

burg, früher als Spitzendiplomat für die UNO und die OSZE tätig, machte darauf aufmerksam (*Berliner Zeitung*, 26./27.03.2022), dass die meisten kleinen und mittelgroßen Länder diese Resolution nicht unterstützt haben, weil sie die Position des Westens teilen, sondern weil sie die UNO-Charta und das Verbot aller Militäraktionen aus politischen Gründen stärken wollten, nachdem zuvor mit den USA, Großbritannien und Frankreich auch drei andere Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates das Völkerrecht gebrochen und illegale Kriege geführt hatten. An den Sanktionen gegen Russland beteiligen sich in Asien nur die üblichen Verbündeten des Westens, so Japan, Australien und Singapur, andere Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika nicht. Für die Welt des Südens ist dies wieder ein Krieg der weißen Männer im Norden, wie schon der Erste und Zweite Weltkrieg des 20. Jahrhunderts und der Kalte Krieg.

Für ein Fazit ist es zu früh. Vor den Kopf gestoßen sind all jene, die in vielen Ländern in den vergangenen Jahren gegen die Verteufelung der Russen und für mehr Verständigung zwischen dem Westen und Russland eintraten. Wer eine multipolare Weltordnung heraufziehen sah, sieht ein Russland, das sich selbst diskreditiert und durch ukrainischen Widerstand sowie westliche Gegenaktionen mindestens mittelfristig geschwächt wird. Die Chance, Russland als große Macht wieder zu profilieren, woran Putin seit zwanzig Jahren gearbeitet hat, ist veran. Ob es historisch eine weitere gibt, ist fraglich. Gewinner scheinen die USA. Verlierer nicht nur die Ukraine und Russland, sondern auch die EU und Deutschland, dies erneut als Lakai der USA verzweigt. Das Morden zu beenden, braucht es nicht mehr Waffen, sondern eine kluge Entspannungspolitik.

(Abschluss des Manuskripts: 15. April 2022)

### **Beiträge in Z zur Entwicklung Russlands und der Ukraine**

**Z 42** (Juni 2000): *Rußland: Kapitalistische Transformation*

- *Lutz Maier*, Rußlands Wirtschaft auf kapitalistischem Weg
- *Eugen Faude*, Kapitalistische Transformation in Rußland. Stand und Perspektiven
- *Hansgeorg Conert*, Voraussetzungen und Ursachen der Finanzkrise Rußlands 1998
- *Gert Meyer*, Der Krieg in Tschetschenien
- *Horst Hanke*, Auf unterschiedlichen Wegen in die Marktwirtschaft. Privatisierung in mittel- und osteuropäischen Transformationsländern

**Z 99** (September 2014): *Kapitalismus in Osteuropa*

- *Joachim Becker*, Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa
- *Karl-Heinz Gräfe*, Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland
- *Christina Plank*, Ukraine: Die Politische Ökonomie der Oligarchen

### **Beiträge in Z zur NATO-Osterweiterung**

- *Werner Ruf*, Die Nato: Kriegsbandnis und Herrschaftsinstrument (**Z 78**, Juni 2009)
- *Erhard Crome*, Der Osten Europas und die NATO (**Z 99**, September 2014)
- *Norman Paech*, „Not one inch eastwards“. Streit um die NATO-Osterweiterung (**Z 120**, Dezember 2019)